

V-01 1990 – Die ersten Schritte auf dem andauernden Weg der deutsch-deutschen Einigung.

Antragsteller*in: Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 **1990 – Die ersten Schritte auf dem andauernden Weg der deutsch-deutschen**
2 **Einigung.**

3 Mit der ersten und einzigen freien Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März, dem
4 Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen
5 Staaten am 1. Juli und der Unterzeichnung des Einigungsvertrags am 31. August in
6 Berlin wurden, neben vielen anderen Ereignissen, entscheidende Grundsteine die
7 bis heute unser Leben beeinflussen gelegt. Mit dem Beitritt der Gebiete der DDR
8 samt Ost-Berlins zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik
9 Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde die formale Wiedervereinigung der beiden
10 deutschen Staaten vollzogen. Mit dem Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“
11 wurde ein schneller Beitritt der ostdeutschen Gebiete an Westdeutschland
12 forciert, gestützt durch eine breite Mehrheit in der ostdeutschen Bevölkerung,
13 die Stabilität suchte. Viele Bürgerrechtler*innen hätten sich ein anderes,
14 langsames und mitgestaltendes Vorgehen gewünscht. Die Chance auf eine echte
15 gemeinsame Verfassung, mit einem breiten diskursiven Prozess wurde damit
16 praktisch vertan.

17 Auf vielen Ebenen hingegen konnte 1990 die Basis für eine tolerante, ökologische
18 und demokratische Wende in den neuen Bundesländern gelegt werden:

19 **Die ehemalige deutsch-deutsche Grenze muss Nationales Natur- und Gedenkmonument**
20 **werden!**

21 Die Entstehung von Nationalparks war ein wichtiger Schritt im Umwelt- und
22 Naturschutz. Prof. Dr. Succow, stellvertretender Minister für Natur-,
23 Umweltschutz und Wasserwirtschaft in der Volkskammer der DDR und für
24 Ressourcenschutz und Landnutzungsplanung verantwortlich, gelang es, am 12.
25 September 1990 in der letzten Sitzung der Volkskammer vor ihrer Auflösung, den
26 Beschluss für ein *Nationalpark-Programm*, durchzusetzen. Mit dem Beschluss wurden
27 sieben Prozent der Fläche der DDR als Nationalparks oder Biosphärenreservate
28 unter strengen Naturschutz gestellt. Damit war die Grundlage für die Einrichtung
29 vieler Naturschutz-Großreservate in Ostdeutschland gelegt. Als größter
30 Biotopverbund Deutschlands ist das Grüne Band ein bedeutsamer Rückzugsort für
31 bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Heute leistet das Grüne Band nicht nur einen
32 wichtigen Beitrag für den Erhalt von Biodiversität. Es ist gleichzeitig ein
33 wichtiger Ort für das Gedenken an die vielen Menschen, denen im Todesstreifen
34 das Leben genommen wurde. Wir setzen uns dafür ein, dass das **gesamte** Grüne Band
35 Deutschland den Status eines Nationalen Naturmonuments erhält und die massiven
36 Waldschäden der letzten Jahre gemeinsam angegangen werden.

37 **Die Aufarbeitung der DDR ist eine gesamtdeutsche Aufgabe!**

38 Mit der Gründung der Stasi-Unterlagenbehörde, zwei Jahre nach dem Erstürmen der
39 ersten Stasi-Zentralen, konnte ein bedeutsamer Teil der demokratischen

40 Aufarbeitung beginnen. Für Opfer und Täter gibt es damit die Chance, sich mit
41 ihrer Geschichte auseinander zu setzen und sich ihr zu stellen. Wir werten die
42 Stasi-Unterlagen, in Form von Papier-, Ton-, Mikrofilm- oder Filmdokumenten
43 sowie die Gedenkstätten des Stasi-Überwachungsstaates und auch die private und
44 öffentliche Auseinandersetzung damit als unverzichtbares Erbe für unser
45 demokratisches Selbstverständnis in ganz Deutschland. Mit der Gesetzesnovelle
46 von September 2019 wurde leider die Möglichkeit verpasst, die notwendige
47 Weiterentwicklung und Neustrukturierung der BStU-Behörde anzugehen.
48 Die Aufarbeitung der SED-Diktatur insbesondere, aber auch anderer Diktaturen,
49 muss kontinuierlich fortgesetzt werden. Um Demokratie und Aufarbeitung zu
50 erleben, zu sichern und zu verteidigen braucht es die Aufklärung über
51 diktatorische Strukturen. Deshalb ist politische Bildungsarbeit in den
52 Außenstellen der BStU, den authentischen Orten und Gedenkstätten von immenser
53 Bedeutung und braucht Bestandsschutz. Wir sind den Generationen, die nach 1990
54 geboren sind, verpflichtet Zeitzeugnisse wissenschaftlich aufgearbeitet
55 zugänglich zu machen. Damit können wir die Chance erhalten, Lehren aus dieser
56 Zeit zu ziehen. Unsere Aufgabe ist es nicht nur Orte des Erinnerns zu erhalten,
57 sondern auch, die demokratischen Errungenschaften zu verteidigen. Nicht nur in
58 den ostdeutschen Bundesländern, sondern bundesweit.

59 **Die Leistung von Ost-Frauen anerkennen und ihren Kampf um Gleichberechtigung** 60 **fortführen!**

61 Es waren vor allem die jungen, gut ausgebildeten Frauen, die es nach dem Fall
62 der Mauer in die alten Bundesländer zog. Sie brachten ihre Vorstellungen von
63 gesellschaftlichem Zusammenleben mit. Ein Leben in Vollzeitberufstätigkeit, mit
64 guter Kinderbetreuung und angemessenen Löhnen. Gleichzeitig sahen sie sich einem
65 gesellschaftlichen und rechtlichen Backlash ausgesetzt. Man erwartete scheinbar,
66 dass Frauen auch in den neuen Ländern den Schritt zurück in die Häuslichkeit
67 machen wollen würden und sich die ostdeutsche Gesellschaft zu 100% den
68 westdeutschen Gepflogenheiten anpassen würde. Mit der Wiedervereinigung wurde
69 auch die Debatte um den §218 Strafgesetzbuch erneut geführt. Als Bündnisgrüne
70 setzen wir uns weiterhin für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen
71 über ihren Körper ein. Bei ungewollter Schwangerschaft verdienen Frauen keine
72 Strafe, sondern das uneingeschränkte Recht, sich zu informieren. Die jetzigen
73 gesetzlichen Regelungen bleiben in diesem Bereich immer noch weit hinter denen
74 der ehemaligen DDR zurück. Es ist kaum erträglich, dass ein repressiver Staat
75 hier formal progressiver war als unsere Gesetze heute. Wirtschaftliche und
76 politische Führungsgremien in ganz Deutschland sind weitgehend Männerrunden,
77 auch wenn es Unterschiede zwischen Ost und West hier gibt. Noch immer ist der
78 Anteil von Frauen in Führungspositionen, wie auch in technischen Berufen in den
79 neuen Bundesländern höher, aber auch weiterhin deutlich von einer paritätischen
80 Besetzung entfernt. Die Frauenrechtler*innen waren mit Träger*innen der
81 friedlichen Revolution. Ihren Kampf für mehr Gleichberechtigung weiterzuführen,
82 sehen wir mit als unsere Aufgabe an. Um mehr Gleichberechtigung in
83 Führungsgremien zu schaffen, wollen wir eine Frauenquote einführen. Damit
84 Gleichberechtigung in den Parlamenten und in der Politik Realität wird, brauchen
85 wir Parität - deutschlandweit und im Europaparlament.

86 **Wirtschaft in Ostdeutschland durch Innovationen zukunftsfähig aufstellen!**

87 Mit Inkrafttreten der Währungsunion und der damit einhergehenden Einführung der
88 D-Mark gab es massive wirtschaftliche Umbrüche. Der Schnelligkeit zuliebe wurden
89 wirtschaftliche Risiken in Kauf genommen, die drastische soziale Einschnitte für

90 große Teile der Bevölkerung nach sich zogen. Die einsetzende Abwanderung vor
91 allem aus ländlichen Regionen Ostdeutschlands schlägt sich heute noch in einer
92 Überalterung der Gesellschaft nieder. Die Fachkräftesicherung ist dadurch sehr
93 herausfordernd. Die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft bleibt auch
94 30 Jahre nach der Wiedervereinigung um ca. ¼ schwächer als die Wirtschaft der
95 alten Bundesländer. Deshalb braucht es einen besonderen wirtschaftspolitischen
96 Fokus auf die ostdeutsche Wirtschaft, die überdurchschnittlich von dezentralen
97 kleinen und Kleinstunternehmen geprägt ist Ostdeutschland ist Indikator für
98 kommende gesellschaftliche Prozesse, weil sie hier schneller und oft härter
99 ablaufen und ablaufen, als anderswo. Dadurch ist Ostdeutschland Modell für viele
100 strukturschwache, sehr ländlich geprägte, Regionen in ganz Europa, in denen die
101 wirtschaftlichen, wie sozialen Prozesse zeitverzögert erfolgen.

102 Mit einer zielgenauen Wirtschaftsförderung können hier Masterpläne für
103 zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen für strukturschwache Regionen in ganz
104 Europa entwickelt werden.

105 TTT- Talente, Technologie, Toleranz sind die erfolgversprechenden Faktoren:

106 Wir wollen vorhandene Unternehmen in den Regionen stärken und bei ihrer
107 Weiterentwicklung, insbesondere der technologischen, durch zielgerichtete
108 Innovationsförderung unterstützen. Es geht darum, mit neuen und erweiterten
109 Produkten an den Markt zu gehen und traditionelle Unternehmensbereiche mit
110 Innovations- und Zukunftstechnologiebereichen in Clustern zu kombinieren.
111 Dadurch entstehen starke Wirtschaftsnetzwerke, die in der Region auch der Anker
112 für sozialen Wohlstand, die Unterstützung ehrenamtlicher und kultureller
113 Strukturen darstellen.

114 Ausgründungen aus Hoch- und Fachschulen sind Innovationskerne, brauchen aber für
115 einen Unternehmensaufbau gerade in strukturschwachen Regionen finanzielle
116 Unterstützung. Und Fachkräfte kommen nur, wenn neben guten eigenen
117 Karrieremöglichkeiten, auch die Familien, insbesondere ihre Kinder,
118 Entwicklungschancen haben. Deshalb muss in den ländlichen Regionen die digitale
119 und Gesundheitsinfrastruktur gut ausgebaut sein, eine lebendige und qualitativ
120 hochwertige Bildungs- und Kulturarbeit existieren und ein attraktives
121 Mobilitätsangebot vorhanden sein. Insbesondere Kleinstädten und Grundzentren, in
122 denen bereits eine Wirtschafts- oder auch Bildungsstruktur vorhanden ist, haben
123 hierbei hohes Potential und können so auch die angrenzenden ländlichen Räume
124 stärken.

125 Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir unbedingt eine tolerante,
126 demokratisch agierende Gesellschaft, die offen und selbstbestimmte Entwicklung
127 aller Menschen unterstützt. Rassistische und rechtsextreme Vorfälle schrecken
128 Unternehmen und Fachkräfte ab. Deshalb fordern wir eine aktive und gut
129 ausfinanzierte politische Bildungs- und Demokratiewerke und die nachhaltige
130 Sicherung der vielen Akteure, die sich mit großem Engagement für eine tolerante
131 und offenen Gesellschaft engagieren und gegen Rechtsextremismus kämpfen.

132 Mit dem Fall der Mauer vor rund 30 Jahren ist nicht nur die DDR verschwunden,
133 sondern auch die aus Bonn heraus geprägte BRD. Die Wiedervereinigung hat unser
134 Land in West und Ost, Nord und Süd bunter und vielfältiger gemacht. Solange aber
135 Lebensleistungen, z.B. aus Carearbeit, nicht anerkannt werden und strukturelle
136 Unterschiede für ungleiche Lebensverhältnisse im ländlich geprägten Osten und
137 dem industriellen Westen fortbestehen, wird die deutsche Teilung nicht vollends
138 überwunden sein.

139 **Den Einigungsprozess vorantreiben und europäisch vervollständigen**

140 Ein entscheidender Baustein in den Verhandlungen um die Wiedervereinigung war
141 die endgültige Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen, insbesondere der
142 deutsch-polnischen Grenze. Diese Anerkennung der staatlichen Integrität Polens
143 und damit verbunden das Bekenntnis eines demnächst wiedervereinigten
144 Deutschlands zur deutsch-polnischen Freundschaft war ein entscheidender
145 Grundstein für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Die Europäische
146 Gemeinschaft war nie eine Selbstverständlichkeit. Umso entscheidender ist es,
147 dass wir gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen um diese Gemeinschaft
148 ringen und sie auf Augenhöhe weiterentwickeln. Wir haben unterschiedliche
149 Erfahrungen und Erinnerungen, sie prägen unser Erleben der derzeitigen
150 Entwicklungen. Auch deshalb ist es so wichtig gemeinsam mit den Partner*innen
151 der Zivilgesellschaft in den Ländern des ehemaligen Ostblocks die hart
152 erkämpften Errungenschaften wie Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und
153 Frauenrechte zu verteidigen.

154 Der Weg zur Einheit ist und war nicht immer einfach, doch er ist
155 erfolgsversprechend. Sowenig wir die deutsche Einheit auf Grund von bisher nicht
156 erreichten Zielen in Frage stellen, so wenig zweifeln wir die europäische
157 Integration an.

158 Vereinigt sind wir stärker als vorher getrennt – das gilt auch für Europa.

weitere Antragsteller*innen

Dennis Helmich (KV Halle); Jenny Krüner (KV Chemnitz); Claudia Schulz (KV Rostock); Judith Haag (KV
Mayen-Koblenz)